

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/216

9. November 1972

Und jetzt hat der Wähler das Wort!

Ein politische Einordnung des "Grundvertrages"

Von Conrad Ahlers / Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Sprecher der Bundesregierung
Seite 1 / 47 Zeilen

Dr. Barzels politische Falschmünzerei

Der CDU-Vorsitzende scheidet an den Fakten

Von Prof. Dr. Horst Ehmke / Bundesminister im Bundeskanzleramt
Seite 2 / 26 Zeilen

Die "Union" entlarvt sich selbst

Mißbrauch der Mehrheitsposition im Deutschlandfunk

Von Lothar Schwartz / Stellv. Sprecher des SPD-Vorstandes
Seite 3 / 44 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Strauß: "...die letzten wirklich freien deutschen Wahlen"

Seite 4 und 5 / 76 Zeilen

Verteidigungspolitik der siebziger Jahre

Mehr Wehrgerechtigkeit und Reform der Ausbildung

Von Georg Leber / Bundesminister für Verteidigung und Mitglied des SPD-Präsidiums
Seite 6 und 7 / 82 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

-
- ° Wir setzen heute den zwanglosen Abdruck
 - ° einer Serie "Rückblick und Ausblick" fort,
 - ° in der die sozialdemokratischen Bundesminister über ihre bisherige Tätigkeit und
 - ° ihre Arbeitspläne berichten.

Charakter: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 13, Heussallee 2-10
Postfach: 100 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 583 845 / 658 647
5300 Bonn PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 109-112, Telefon: 7 66 11

Und jetzt hat der Wähler das Wort !

Eine politische Einordnung des "Grundvertrages"

Von Conrad Ahlers

Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Sprecher der Bundesregierung

Der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland bedeutet einen Wendepunkt in unserer Nachkriegsgeschichte. Er soll nach dem Willen beider Regierungen die Zeit der Feindseligkeit beenden und eine Periode der Zusammenarbeit einleiten.

Diese Zusammenarbeit wird sich gegen niemanden richten. Sie wird auch, in Anbetracht der unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Systeme, bestimmte Grenzen nicht überschreiten können. Und es wird seine Zeit brauchen, bis sie wirklich funktionieren. Aber ein neues Kapitel ist aufgeschlagen worden.

Dies wäre ein Anlaß, darüber nachzudenken, ob es wirklich so lange dauern mußte, bis dieser Wendepunkt erreicht werden konnte. Jedenfalls war die Politik, die zu diesem Vertrag geführt hat, eine Folgerung aus den Lehren, die man aus den Ereignissen des 13. August 1961 ziehen mußte. Es mußten auch in der Deutschlandpolitik neue Wege beschritten und von der Lage ausgegangen werden, wie sie sich in Deutschland entwickelt hatte.

Der Grundvertrag entspricht dieser Lage. Er baut keine neuen Hürden für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes aller Deutschen auf. Er schafft viele Erleichterungen für die Menschen. Dadurch trägt er dazu bei, daß der Gedanke an die eine deutsche Nation fortlebt und nicht nur eine Erinnerung bleibt. Er hat für uns in Deutschland eine historische Dimension und ist ein Beweis dafür, daß unsere Friedenspolitik immer auch das deutsche Problem im Auge behalten hat.

Nur durch Entspannung und nur durch Verständigung können wir weiter vorankommen. Unsere zweiseitigen Beziehungen mit den Ländern im Osten sind nun weitgehend geregelt. Von nun an treten die mehrseitigen Anstrengungen in den Vordergrund. Sie zielen auf eine europäische Friedensordnung. Sie finden ihren sichtbaren Ausdruck in den Vorbereitungen für eine "Konferenz über Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa", die am 22. November in Helsinki beginnen werden. Die beiden Staaten in Deutschland werden daran gleichberechtigt und aktiv teilnehmen. Auch dies wird schon zur Zusammenarbeit zwischen ihnen beitragen.

Wie auch immer die Wahl am 19. November ausgehen wird: Es ist sicher, daß niemand die Zeichen, die in diesen drei Jahren gesetzt wurden, wieder zurückversetzen kann. Dies würde weder der internationalen Lage, die auch durch die Wiederwahl Präsident Richard M. Nixons gekennzeichnet ist, noch der Lage in Deutschland entsprechen. Die Außenpolitik der sozialliberalen Koalition stellt sich dem Wähler nun als geschlossenes Ganzes dar. Er hat jetzt das Wort.

(-/9.11.1972/ks/ex)

+ + +

Dr. Barzels politische Falschmünzerei

Der CDU-Vorsitzende scheitert an den Fakten

Von Prof. Dr. Horst Ehmke

Bundesminister im Bundeskanzleramt

Der CDU-Vorsitzende Dr. Rainer C. Barzel hat am 8. November in den Nachrichtensendungen beider Fernsehanstalten zum "Grundvertrag" zwischen der Bundesrepublik und der DDR Stellung genommen und dabei erklärt:

"Beim Abschluß des Moskauer Vertrages hieß es: Nun wird keiner mehr sterben im Stacheldraht an der Zonengrenze."

Dr. Barzel bezog sich dabei auf eine Fernsehansprache, die Bundeskanzler Willy Brandt am 12. August 1970 zum Abschluß des Moskauer Vertrages abgegeben und in der es wörtlich geheißen hat:

"Morgen sind es neun Jahre her, daß die Mauer gebaut wurde. Heute haben wir, so hoffe ich zuversichtlich, einen Anfang gesetzt, damit der Zerklüftung entgegengewirkt wird, damit Menschen nicht mehr im Stacheldraht sterben müssen, bis die Teilung unseres Volkes eines Tages hoffentlich überwunden werden kann."

Mit seiner Aussage spekuliert also Dr. Barzel wieder einmal nach bester CDU-Manier auf den "sehr engen Tageshorizont" des Wählers - so Barzels Parteifreund Kurt Georg Kiesinger bei der ersten Lesung der Ostverträge im Deutschen Bundestag! -, wieder einmal führt Dr. Barzel einen "fairen" Wahlkampf mit politischer Falschmünzerei.

Dieses Vorgehen ist weder christlich noch demokratisch zu nennen. Es muß aber leider bis auf weiteres als "christdemokratisch" bezeichnet werden. (-/9.11.1972/bgy/ee)

+ + +

Die "Union" entlarvt sich selbst

Mißbrauch der Mehrheitsposition im Deutschlandfunk

Von Lothar Schwartz

Stellv. Sprecher des SPD-Vorstandes

CDU und CSU haben ihre Mehrheit im Verwaltungsrat des Deutschlandfunks erneut dazu mißbraucht, die längst fällige Wahl eines Intendanten für die Anstalt zu blockieren. Zum zweiten Mal - ohne jede glaubwürdige oder gar überzeugende Begründung - dieses Aufsichtsorgan daran gehindert, einen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, der im § 11 des "Gesetzes über die Errichtung von Rundfunkanstalten des Bundesrechts" so formuliert ist: "Der Verwaltungsrat schlägt dem Rundfunkrat drei Persönlichkeiten für die Wahl zum Intendanten vor; die Reihenfolge ist keine Rangfolge."

Das schon seit Monaten andauernde Tauziehen um die Nachfolge des am 15. August in den Ruhestand getretenen bisherigen Intendanten Franz Thediecke hatte in der interessierten Öffentlichkeit den Vorwurf ausgelöst, die politischen Parteien machten den Deutschlandfunk zum "Nebenkriegschauplatz" und suchten jeweils ihre parteitreuen Kandidaten durchzubringen. Für diese Kritiker innerhalb und außerhalb des Funkhauses in Köln-Marienburg war es eine angenehme Überraschung, als die sozialdemokratischen Mitglieder des Verwaltungsrates am 18. September die Aufnahme eines parteiunabhängigen und allseits anerkannten Journalisten in die Vorschlagsliste empfahlen. Die Vertreter von CDU und CSU gaben damals vor, von der Nominierung des Bürochefs der "Süddeutschen Zeitung" in Bonn, Reinhard Appel, so kurzfristig erfahren zu haben, daß sie Vertagung der auf der Tagesordnung stehenden Entscheidung fordern müßten.

Nach einer "Bedenkzeit" von sieben Wochen sahen sie sich am 8. November allerdings noch immer nicht in der Lage, ein Votum abzugeben. Die Begründung, der Verwaltungsrat solle über den Dreier-Vorschlag für den Rundfunkrat erst nach den Bundestagswahlen beraten und beschließen, entbehrt jeder Stichhaltigkeit. Der Ausgang der Bundestagswahl wird nämlich an der Zusammensetzung der Aufsichtsgremien überhaupt nichts ändern.

Es ist offensichtlich, daß die skandalöse Einhalte-Taktik der Unionsparteien darauf angelegt ist, das Interesse Appels an einer Kandidatur abzubauen und den aussichtsreichen Konkurrenten des CDU-Favoriten und Verwaltungsratsvorsitzenden Gerd Lemmer zum Verzicht zu treiben.

In dieser Situation ist festzuhalten, daß CDU und CSU dem Rundfunkrat des Deutschlandfunks die Möglichkeit vorenthalten haben und weiterhin vorenthalten wollen, einen unabhängigen qualifizierten Publizisten zum Intendanten zu wählen, der auch bei den Mitarbeitern der Anstalt auf eine breite Vertrauensbasis rechnen könnte. Hier wird Rundfunk- und Personalpolitik der Unionsparteien am praktischen Beispiel sichtbar. Es ist eine Selbstentlarvung zum Quadrat.

(-/9.11.1972/bgy/ex)

+ + +

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Strauß: "...die letzten wirklich freien deutschen Wahlen"

Der CSU-Vorsitzende Franz (Josef) Strauß hat dem Neofaschistischen Blatt "Il Borghese" ein Interview gegeben, das am 22. Oktober 1972 erschienen ist. Interviewer war Nerin E. Gun. Wir zitieren folgende Abschnitte:

"Für die kommunistische Welt sind diese berühmten Verträge, d.h. der mit Moskau, der mit Warschau und diejenigen, die mit Ostberlin und Prag vorbereitet werden, nur ein erster Schritt. Der erste Schritt einer zukünftigen Strategie, die aus der Sowjetunion den herrschenden Faktor Mitteleuropas machen soll. Die Verträge mit dem Osten beenden keineswegs eine traurige Vergangenheit, sie stellen vielmehr den Anfang einer für uns noch traurigeren Zeitspanne dar." (Seite 453 / Spalte 2)

"Es handelt sich nicht, so fährt Strauß fort, um eine Entwicklung jüngster Zeit. Schon zur Zeit der 'Großen Koalition' d.h. als Brandt und seine Partei zu der von Kurt Georg Kiesinger geführten Regierung gehörten, in der auch ich ein Ministerium innehatte, nahm Brandt persönlich geheime Fühlung mit der Kommunistischen Partei Italiens auf, geheime Fühlungen, d.h. solche, die ohne Wissen der anderen Mitglieder des Kabinetts eingeleitet wurden, dem er selbst angehörte, unter Mißachtung der Vereinbarungen, die er frei unterzeichnet hatte."

(Seite 454/ Spalte 1)

"Aber das sind bekannte Dinge!"

"Ja, aber sie wurden vergessen. Jedenfalls wurde ihnen damals keine überragende Bedeutung beigemessen. Es ist jedoch notwendig, daß die Deutschen in der Wahlzeit sich daran erinnern. Auch Europa soll wieder daran denken. So wird es besser die Anklage verstehen, die wir gegen die Sowjets und ihre Satelliten richten, daß sie direkt eingreifen, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die derzeitigen nicht formellen Gespräche von Bohr haben keine andere Bedeutung."

"...d.h. Brandt muß den strategischen Ratschlägen der Kommunistischen Partei Italiens - es ist gut, wenn man sich heute daran erinnert - größere Bedeutung bei als der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit unserer Partei, einer Zusammenarbeit, die Deutschland eine sichere Zukunft hätte garantieren können."

"Wir werden uns jedoch um das sorgen müssen, was auf dem linken Flügel der SPD geschieht. Eine immer stärker anwachsende

Konzentration von Kräften ist auf der Suche nach einer Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei. Die theoretische Trennung zwischen den beiden Parteien wird immer mehr zu einer leeren Formel. Bedeutsame Kräfte, insbesondere in der Presse, im Rundfunk und im Fernsehen, wirken auf diese kommunistische Einflußnahme auf den linken Flügel der Partei Brandts hin." (Seite 454 / Spalte 2)

"Glauben Sie, daß die Wähler es verstehen werden, klar zu sehen?"

"Das ist es gerade, was wir uns wünschen. Es könnte nämlich geschehen, daß die Wahlen am kommenden 17. November (so in "Borghose") die letzten wirklich freien deutschen Wahlen wären. Wenn Brandt unglücklicherweise wieder an die Macht käme, hätten wir keine freien Wahlen mehr. Presse, Rundfunk, Fernsehen würden nämlich völlig in die Hände der Regierung fallen. Und es ist klar, daß man ohne wirkliche Freiheit der Information keine wirkliche Wahlfreiheit hat. (Seite 454 / Spalte 2 / unten)

"Aber weshalb legen Sie soviel Wert auf das Finanzministerium?"

"Vor allem, weil ich auf diesem Gebiet Fachmann bin. Zweitens, weil die Mark krank ist. Schließlich, weil die Wirtschaft der Schlüsselsektor für die deutsche Zukunft ist. - Brandt wollte die Inflation vorsätzlich, um in bequemerer Weise zum Sozialismus zu gelangen. Er hat das deutsche Geld verschwendet, ohne seine Versprechen zu halten. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten ist ohne Vorgang (schlimmer als je). Die Tatsache, daß die Preise auch im Ausland steigen, ist keine Rechtfertigung. Brandt sagt, er ziele die Inflation der Arbeitslosigkeit vor, das ist aber eine demagogische Behauptung. Das erste Opfer der Inflation ist der Staat."...

Die Schlacht wird auf innenpolitischer Ebene geschlagen, aber das wahre Ziel ist die außenpolitische Frage. Dies gibt Strauß selbst zu, wenn er erklärt, daß die Wiederbestätigung Brandts an der Macht ein großes Unglück wäre. "Vor einigen Wochen" hätte der Botschafter der USA in Bonn gesagt, daß Deutschland einem Prozeß der "Finnlandisierung" zusteuern könne... "Ich teile seine Meinung. Wenn Brandt am 17. November die Mehrheit erhält, wird er einen Prozeß der 'Finnlandisierung' endgültig einleiten, der das gesamte europäische Gleichgewicht bedrohen wird." (Seite 455 / Spalte 1) (-/9.11.1972/ks/ex)

+ + +

Verteidigungspolitik der siebziger Jahre

Mehr Wehrgerechtigkeit und Reform der Ausbildung

Von Georg Leber

Bundesminister der Verteidigung und Mitglied des SPD-Präsidiums

In der von Bundeskanzler Willy Brandt in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 angekündigten kritischen Bestandsaufnahme hat sich im Winter 1969/1970 in einer für Streitkräfte neuartigen Form der Selbsterforschung die gesamte Bundeswehr einer systematischen Analyse unterzogen. Das Ergebnis wurde als Weißbuch der Bundesregierung Parlament und Öffentlichkeit vorgelegt, in dem die vordringlichen Probleme und Aufgaben der Bundeswehr vorgestellt wurden. Im Dezember 1971 ist ein weiteres Weißbuch erschienen. Trotz der verkürzten Legislaturperiode wurden von den 159 in den beiden Weißbüchern angekündigten Maßnahmen bisher 126 verwirklicht. Sie brachten den Angehörigen der Bundeswehr weitgehend soziale Verbesserungen.

Die kritische Bestandsaufnahme ergab erneut, wie dringend die Probleme der Wehrgerechtigkeit einer Lösung bedürften. Erster Auftrag der im Juni 1970 von der Bundesregierung berufenen unabhängigen Wehrstruktur-Kommission war es also, Wege zur Herstellung von mehr Wehrgerechtigkeit zu finden. Auf der Grundlage des von der Kommission im Februar 1971 vorgelegten Berichts formulierte die Bundesregierung das vom Deutschen Bundestag am 23. Juni 1972 verabschiedete Gesetz zur Änderung wehrrechtlicher, ersatzdienstrechtlicher und anderer Vorschriften - das sog. Artikelgesetz -, das am 1. Januar 1973 in Kraft treten wird. Nach der Verkürzung der Grundwehrdienstdauer von 18 auf 15 Monate kann bis in die zweite Hälfte der siebziger Jahre das mögliche Maß an Wehrgerechtigkeit erreicht werden, ohne Einsatzbereitschaft und Bündniswert der Streitkräfte zu beeinträchtigen.

Die Arbeit an ihrem zweiten Auftrag, langfristige Untersuchungen über die Entwicklung der Wehrstruktur und mögliche Optionen am Ende der siebziger Jahre anzustellen, wird die Wehrstruktur-Kommission in den nächsten Wochen beenden. Auf der Grundlage des zweiten Berichtes der Kommission wird die nächste Bundesregierung die Entscheidung über die zukünftige Wehrstruktur treffen müssen.

Um die Effektivität der Streitkräfte zu erhöhen, indem die Bundeswehr für begabte junge Leute attraktiv wird, hat die Bildungskommission unter der Leitung von Professor Dr. Thomas Ellwein vorgeschlagen, die Ausbildung in den Streitkräften gründlicher zu reformieren, als dies seit Bestehen der Bundeswehr je geschehen ist.

Für die Unteroffiziere ist vorgesehen, eine militärische und eine zivile (Berufs-)Ausbildung zu kombinieren. Damit soll er-

reicht werden, daß die vielfältigen Aufgaben bei der Truppe besser bewältigt werden und daß denjenigen, die sich für eine bestimmte Zeit verpflichtet haben, eine qualifizierte und im späteren zivilen Berufsleben nutzbare Ausbildung gegeben wird. Offiziere, die sich für mindestens 12 Jahre verpflichtet haben, werden vom 1. Oktober 1973 an Hochschulen der Bundeswehr ein dreijähriges Studium absolvieren. Damit wird nicht nur der Anschluß an die Offiziersausbildung mit anderen Streitkräften im Westen wie im Osten erreicht, sondern auch der Notwendigkeit Rechnung getragen, daß die Führungskräfte in der Bundeswehr eine Ausbildung erfahren, die den ständig steigenden Ansprüchen genügt. Jene Offiziere, die nach 12 Jahren aus dem Dienst ausscheiden, haben die Möglichkeit, ohne Schwierigkeiten in die Wirtschaft bzw. in die Verwaltung zu gehen, weil ihre an den Bundeswehrhochschulen erworbenen Diplome von den Kultusbehörden anerkannt werden. Schon jetzt kann festgestellt werden, daß sich die Zahl der Bewerbungen für die Offizierslaufbahn erhöht hat. Es kommt darauf an, das Konzept zügig zu realisieren, um die Personalsituation in der Bundeswehr zu verbessern. Die eingeleitete Planung muß zügig fortgeführt werden. Die Weichen sind gestellt.

Die Personalstruktur ist in der Bundeswehr langfristig zu reformieren. Die vom Bundesminister der Verteidigung eingesetzte Personalstruktur-Kommission hat hierzu in dem Gutachten vom 6. April 1971 Vorschläge unterbreitet, die richtungweisend für den gesamten öffentlichen Dienst sind. Eine Reform auf diesem Gebiet muß daher notwendigerweise in Absprache mit anderen Ressorts erfolgen. Kurzfristige Lösungen sind nicht möglich. Auch in diesem Bereich wird die nächste Bundesregierung die einzuleitenden Schritte fortführen müssen.

Durch Änderung der Organisation im Bundesverteidigungsministerium und im nachgeordneten Bereich wurden Führung, Planung und Verwaltung modernisiert. Die militärischen Führungsstäbe wurden von bürokratischem Ballast befreit und umgegliedert. Der Rüstungsbereich und das Rüstungsverfahren, die Personalführung und die Öffentlichkeitsarbeit wurden funktionsgerechter geordnet. Fürsorge und Sozialarbeit haben seit einem Jahr einen eigenen Platz durch die Bildung einer Sozialabteilung.

Abschließend sei festgestellt, daß die Bundeswehr seit ihrem Bestehen einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Friedens und zur Stabilisierung in Europa geleistet hat. So soll es auch künftig bleiben. (-/9.11.1972/ks/bcy/ex)